

Wahlprüfstein DIE LINKE

Hamburger Tierschutzverein von 1841 e.V.
Süderstr. 399
20537 Hamburg

Tierschutz

der Hamburger Tierschutzverein von 1841 e.V. ist einer der ältesten Tierschutzvereine Deutschlands und betreibt eines der größten Tierheime in Deutschland. Um unseren Mitgliedern, Beschäftigten und der tierschutzinteressierten Öffentlichkeit eine Orientierung zu bieten, möchten wir vor der anstehenden Europawahl wissen, wie Sie sich als EU-Parlamentarier für den Schutz der Tiere engagieren werden.

1) Tötung von Straßentieren

Zuletzt hat das grausame rumänische Tötungsgesetz gezeigt, dass Streunertiere in Europa völlig schutzlos unsinnigen und brutalen Tötungsaktionen ausgeliefert sind. Das Fangen und Töten von Straßentieren ist weder mit dem Tierschutzgedanken zu vereinbaren noch helfen diese Maßnahmen bei der Lösung des Problems: Jeder Lebensraum bietet die Lebensgrundlage für eine gewisse Anzahl von Tieren derselben Art. Erhöht sich nun die Todesrate, wird dies schnell kompensiert durch die Erhöhung der Überlebens- und Vermehrungsrate der restlichen Tiere. Außerdem wandern nach solchen Tötungsaktionen häufig unkastrierte Hunde oder Katzen aus der Umgebung in das frei gewordene Gebiet ein. Die einzig sinnvolle Maßnahme, die Überpopulation einzudämmen, ist, die Straßentiere einzufangen, zu kastrieren und wieder in ihrem Revier freizulassen.

Werden Sie sich für flächendeckende Kastrationsprogramme und die Einführung eines EU-einheitlichen Schutzniveaus einsetzen?

DIE LINKE unterstützt die Forderung nach flächendeckenden Kastrationsprogrammen. Auch die WHO geht davon aus, dass Vorschläge in diese Richtungen im Unterschied zur Politik der rumänischen Regierung erfolgversprechend sind, das Problem in den Griff zu bekommen. Unseres Erachtens gibt es bereits EU-Gesetze, welche in die richtige Richtung zeigen. Sie werden aber leider von den einzelnen EU-Mitgliedstaaten schlicht nicht in die Praxis umgesetzt. Zum Beispiel im Lissaboner Vertrag, worin der Grundsatz formuliert wurde, Tiere als fühlende Lebewesen zu betrachten. Darüber hinaus bedarf es weiterer internationaler Regelungen, welche das Schutzniveau für Tiere hebt.

2) Tierversuche

a) Gemäß dem EU-Tierversuchsbericht 2013 wurden 11,5 Millionen Tiere im Jahr 2011 für Tierversuche verwendet.

Werden Sie Schritte in die Wege leiten oder unterstützen, um die im Tierversuch verbrauchten Tiere zu reduzieren?

Ja. DIE LINKE setzt sich grundsätzlich für einen Paradigmenwechsel bei Tierversuchen ein. Tierversuche sollen nicht mehr die Regel, sondern nur noch die Ausnahme sein. Nur noch in Einzelfällen und nach entsprechenden wissenschaftlichen und ethischen Prüfungen sollten Tiere für Versuche benutzt werden dürfen. Wichtig ist eine schnelle Prüfung und Standardisierung von alternativen Testverfahren. Nur alternative Tests, die den Leitlinien der OECD entsprechen, können auch in der Praxis zur Pflicht gemacht werden.

b) In den EU-Tierversuchsrichtlinien ist festgeschrieben, langfristig Tierversuche abzuschaffen.

Werden Sie dazu beitragen, dass konkrete Maßnahmen, zum Beispiel ein Stufenplan mit zeitlichen Vorgaben, vorangetrieben werden?

Ja, der Stufenplan der EU zur Abschaffung von Tierversuchen für die Kosmetikproduktion ist ein gutes Beispiel, wie eine solche Entwicklung befördert werden kann. Dies sollte auf mehr Bereiche der Tierversuche ausgeweitet werden. Allerdings müssen solche Stufenpläne zeitlich enger gefasst werden.

c) Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Tierversuche durch moderne tierversuchsfreie Methoden ersetzt werden, die Forschung in diesem Bereich intensiviert wird und die Mittel für diesen Forschungsbereich erheblich aufgestockt werden?

DIE LINKE verfolgt das Ziel, moderne tierversuchsfreie Methoden zentral in der EU zu erfassen. Die zentrale Datenerfassung ist notwendig, um Alternativen zu Tierversuchen auch EU weit anwenden zu können. Eine der größten Schwierigkeiten dabei ist das stark verzögerte Bewilligungsverfahren von alternativen Testmethoden nach den Kriterien der OECD. Diese Verfahren können bis zu zehn Jahren dauern. Deshalb hält DIE LINKE es für dringend notwendig, das Bewilligungsverfahren zu beschleunigen, um tatsächlich die Zahl der in Versuchen verwendeten Tiere nicht nur auf lange Sicht zu reduzieren und gleichzeitig die Alternativen zu fördern.

3) Landwirtschaftliche Tierhaltung

a) Für Tiere in der Landwirtschaft sind Vorgaben für die Haltung formuliert. Allerdings gibt es nur wenige konkrete Mindestvorgaben für die Haltung einzelner Tierarten. Für Puten, Gänse, Enten, Milch- und Mastriinder sowie für Kaninchen existieren nur Empfehlungen des Europarates mit Bestimmungen, die vage bleiben.

Was werden Sie für die Erhöhung der Tierschutzstandards für sogenannte Nutztiere tun?

DIE LINKE setzt sich für verbindliche rechtliche Regelungen für tiergerechte Haltungsbedingungen und -vorschriften für alle Nutztiere ein. Dies fängt aus unserer Sicht bereits bei der Zulassung bestimmter Haltungseinrichtungen, Ställen oder Käfigen an. Die Haltung von Tieren, die nicht tiergerecht gehalten werden können, sollte untersagt werden. Auch für die Gewinnung von Produkten von Tieren müssen Tierschutzstandards gelten, bspw. bei Angora-Kaninchen zur Wollproduktion. Darüber hinaus treten wir für umfassende Informations-, Beteiligungs- und Klagerechte für Tierschutzverbände ein.

b) Die große Mehrheit der EU-Bürgerinnen und -Bürger will bessere Haltungsbedingungen für die Tiere in der Landwirtschaft erreichen. Sie wünschen sich, dass landwirtschaftliche Produkte hinsichtlich der Haltungsbedingungen der Tiere gekennzeichnet werden. Importierte Produkte sollten zumindest unter den gleichen Tierschutzstandards erzeugt werden wie innerhalb der EU.

Werden Sie sich dafür aussprechen, dass die Einhaltung der bestehenden Tierschutzgesetze strenger überwacht wird und dass landwirtschaftliche Produkte, vor allem Fleisch und verarbeitete Fleischprodukte, entsprechend der Haltungsform gekennzeichnet werden?

DIE LINKE setzt sich nicht nur beim Thema Tierschutz für klare, transparente und leicht verständliche Kennzeichnungsvorschriften bei Lebensmitteln ein. Dazu gehört auch die Frage nach Herkunft und Produktionsbedingung. Beispielsweise fordern wir seit Langem, dass auch bei verarbeiteten Produkten, in denen Eier enthalten sind, dieselbe Kennzeichnung erfolgen muss, wie beim Abverkauf von Frischeiern. Darüber hinaus fordern wir, dass irreführende Werbung oder Produktgestaltung verboten wird (Stichwort: Weidende Kuh auf einer Milchpackung mit ganzjähriger Stallhaltung.)

c) Jährlich werden über 360 Millionen Schweine, Rinder, Schafe und Ziegen und vier Milliarden Geflügeltiere in der EU allein zum Schlachten transportiert. Regelmäßig kommt es dabei zu Verletzungen und zu Verstößen gegen die ohnehin aus Tierschutzsicht nicht ausreichenden Vorgaben: zu lange Transportzeiten, zu geringes Platzangebot für die Tiere und zu hohe erlaubte Temperaturen in den Transportern.

Was werden Sie dafür tun, um diese Missstände abzustellen bzw. die bestehenden Verordnungen nachzubessern?

DIE LINKE fordert seit Jahren eine zeitliche Begrenzung der Tiertransporte. Innerhalb Deutschlands sollte die Transportzeit auf maximal vier Stunden zuzüglich maximal zwei Stunden Ladezeit beschränkt werden. Darüber hinaus sind die Kontrollbehörden personell besser auszustatten, um eventuelle Mängel beim Tiertransport aufzudecken und beseitigen zu können.

4) TTIP

Seit Juli 2013 verhandeln die EU und die USA über ein transatlantisches Freihandelsabkommen. Sollte TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) in der geplanten Form zustande kommen, drohen fundamentale Gefahren für europäische Verbraucherschutz- und Gesundheitsstandards, für Klima- und Umweltschutzaufgaben, für die kleinbäuerliche Landwirtschaft, für den Tierschutz und zahlreiche andere Bereiche. Was in den USA erlaubt ist, würde auch in der EU legal-so wäre der Weg frei für Chlorhühner, Klon- und Hormonfleisch und Milch von genmanipulierten Turbokühen. Zulassungen von genmanipulierten Pflanzen und Tieren würden nach US-amerikanischem Recht noch schneller und völlig ohne Risikobewertung vonstatten gehen. Dumpingpreise für landwirtschaftliche Produkte aus der industriellen Landwirtschaft in den USA würden die kleinbäuerlichen Strukturen in Europa schwächen.

Werden Sie daher einen Stopp und die Überprüfung der TTIP-Verhandlungen fordern?

DIE LINKE lehnt das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP) ab. Das TTIP wird, sollte es in Kraft treten, den großen Banken und Konzernen und nicht der europäischen Binnenwirtschaft nützen. Konzernen soll ein Klagerecht gegen Staaten bzw. soziale und ökologische Standards eingeräumt werden (Investitionsschiedsgerichtsbarkeit). Es droht, dass der Finanzsektor weiter dereguliert wird, öffentliche Dienstleistungen privatisiert sowie Monopolisten im Bereich des geistigen Eigentums gestärkt werden. Das TTIP wird, wenn wir es nicht gemeinsam mit anderen verhindern, den europäischen Markt mit Biokraftstoffen, Gentechnik-Lebensmitteln sowie Klon- und Hormonfleisch überschwemmen. Selbst die unzureichende EU-Chemikalienverordnung REACH sowie die ohnehin laxen Euro-Norm für Abgas-Emissionen stehen in Frage. Schutz und Vielfalt von Kulturgütern gemäß der UNESCO-Konvention würden gefährdet. DIE LINKE organisiert und unterstützt deshalb Initiativen – innerhalb und außerhalb der Parlamente –, die darauf gerichtet sind, die Verhandlungen über das Freihandelsabkommen mit den USA zu stoppen.